

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise  
sind in der Morgenausgabe angegeben  
Redaktion: SW. 68, Cindenerstraße 3  
Telefon: Dönhoff 292 - 297  
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung:  
Schiffstraße 8 1/2, bis 5 Uhr  
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,  
Berlin SW. 68, Cindenerstraße 3  
Telefon: Dönhoff 292 - 297

## Preußens Ministerpräsident klagt an.

### Die Schädigung Preußens durch das Reich. — Unmögliche Stimmenverteilung im Reichsrat. — Betrogene Grenzmark.

Die unglaubliche Benachteiligung Preußens beim Finanzausgleich und die gleichzeitige Begünstigung süddeutscher Staaten haben wiederholt scharfe Proteste nicht nur der Regierung, sondern auch der Grenzlandprovinzen herbeigeführt. Heute nahm nun im Landtag der preußische Ministerpräsident Genosse Otto Braun das Wort, um die Sache Preußens vor breiter Öffentlichkeit mit allem Nachdruck zu vertreten. Was er als Sachwalter des größten Bundesstaates ausführte, war mehr als ein Protest. Es war eine **Anklage** gegen die Reichsregierung und die ihr unterstellten Organe, die in großen und in kleinen Fragen mit Keulenschlägen und Nadelstichen preußischen Interessen entgegenarbeiten.

Der Beifall, mit dem Otto Brauns Rede aufgenommen wurde, bewies, daß die preußische Regierung die Mehrheit des Parlaments und des Volkes hinter sich hat, wenn sie sich gegen die Schädigung der preußischen Landespolitik entschieden wendet.

Im Preußischen Landtag ergriff heute zum Etat des Staatsministeriums zunächst das Wort

**Ministerpräsident Otto Braun:**

Ich habe nicht die Absicht, auf das Verhältnis der preußischen Politik zur Reichspolitik näher einzugehen. Einige Differenzpunkte zwingen mich allerdings zur Behandlung. Der eine betrifft die Vertretung Preußens im Verwaltungsrat der Reichsbahn. Sie wissen, daß trotz der Zusicherung der Reichsregierung die Wünsche Preußens bisher ignoriert wurden. Der Staatsgerichtshof, den wir angerufen haben, hat nunmehr zu unseren Gunsten entschieden. Wir werden jetzt darauf bestehen müssen, daß der Vertreter Preußens von der Reichsregierung ernannt wird. Darüber hinaus sind aber auch eine ganze Reihe anderer Zusagen von der Reichsregierung nicht erfüllt worden, so der Uebergang der Reichsforsten an Preußen! Es ist noch eine ganze Reihe anderer Dinge, auf die ich hier aus gewissen Gründen nicht eingehen will. Aber

ich muß sagen, daß es doch den Anschein hat, als ob gewisse Reichsbehörden die preußische Regierung zum besten haben wollen. (Hört, hört!)

Es wird uns nichts anderes übrigbleiben, als in diesen strittigen Punkten ebenfalls den Staatsgerichtshof anzurufen. Mit besonderer Bitterkeit sehe ich, daß diese Dinge anderen Ländern gegenüber von Seiten der Reichsregierung längst erledigt worden sind. (Hört, hört!)

Es gibt Reichsstellen, die eine bewußt antipreußische Politik betreiben.

Wenn Sie alle Einzelheiten kennen würden, würden Sie mir beifimmen, wenn ich sage, daß wir unmöglich die Interessen Preußens so vor die Hunde gehen lassen können. (Sehr wahr! links und in der Mitte.)

Das Reich hat den süddeutschen Staaten eine dauernde Erhöhung der Entschädigung für die Aufgabe der Biersteuer und jährlich 41 Millionen bewilligt. Das hätte nur mit verfassungsändernder Mehrheit geschehen können. Denn diese Entschädigung war nach der Stabilisierung der Währung im Jahre 1925 bereits endgültig auf 1705 Millionen festgelegt. (Hört, hört! links.) Aus materiellen und formalrechtlichen Gründen hat Preußen gegen diese Bevorzugung der süddeutschen Staaten Einspruch erhoben.

Die Länder leben heute nur vom Reich und bei der Zuweisung der Reichsmittel müssen alle Länder gleich behandelt werden. (Lebhafte Zustimmung links.)

So haben wir das Befehl des Reiches, die Hilfe des Staatsgerichtshofes anrufen müssen. Das wäre nicht nötig gewesen, wenn im Reichsrat auch nur die Vertreter der östlichen preußischen Provinzen auch nur für Preußen gestimmt hätten. (Hört, hört! und Bewegung.) Die Sinnlosigkeit der Art der Vertretung Preußens im Reichsrat, die lediglich zumgunsten Preußens gestaltet ist, ist wieder einmal klar in die Erscheinung getreten. Der preußische Einfluß im Reichsrat wird dadurch geradezu vernichtet. (Sehr wahr links.) Die Vertreter der preußischen Ostprovinzen haben nicht nach Interesse und Weisung ihrer Provinz gestimmt, sondern lediglich nach ihrer parteipolitischen Parole. Diese Art der Vertretung Preußens im Reichsrat verstößt gegen den Sinn der Reichsverfassung, daß der Reichsrat eine Vertretung der Länder sein soll. (Sehr wahr links.) Unmöglich kann in diesem Punkte die Reichsverfassung unverändert bleiben.

Die preußische Staatsregierung muß die zwei Fünftel der Stimmen im Reichsrat, auf die sie beschränkt ist, vollständig für sich beanspruchen. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Sonderbewilligung für Süddeutschland hat den Reichsrat gezwungen, die Reichszuschüsse für den Osten auf 25 Millionen herabzusetzen. Das haben Herr Cremer und Herr von Gérard in der Sitzung des Hauptausschusses vom 28. März mit Bedauern festgestellt.

Diese Vertörung hat in allen östlichen Grenzgebieten heftige Empörung hervorgerufen. (Sehr wahr! links.)

Seht hat man für die Verteilung der 25 Millionen einen Plan aufgestellt, der an Ungeheuerlichkeit nicht über-

bolen werden kann. Bayern soll noch 4 Millionen, Sachsen 2 1/2 Millionen, Baden 3 1/2 Millionen erhalten. Danach bekommt Ostpreußen nicht mehr als Baden, Oberschlesien nicht mehr als Sachsen. Aber Ostpreußen und Oberschlesien haben unter Krieg und Friedensvertrag ganz anders gelitten als diese Länder.

Bayern hat nicht einen Meter neue Grenze, nicht einen Quadratmeter Land verloren, nicht einen Pfennig Staatsgut eingebüßt. Die bayerische und sächsische Grenze gegen die Tschechoslowakei hat das Reich als gefährdetes Grenzgebiet erklärt, aber die längere niederschlesische Grenze gegen die Tschechoslowakei nicht. (Stürmisches Hört, hört! links.) Dem Reichspräsidenten danken wir dafür, daß er versprochen hat, sich für eine bessere Fürsorge namentlich für Ostpreußen bei der Reichsregierung einzusetzen. Wir verlangen eine nochmalige Überprüfung und Änderung des Verteilungsplans. (Beifall links.)

Ich bedaure, daß mich die Verhältnisse gezwungen haben, diese Gegensätze zwischen Preußen und dem Reich hier vorzutragen. Ich hoffe, daß der preußische Landtag sich hinter die preußische Staatsregierung stellt, hat doch der deutschnationale Abg. Weichärmel am 12. März hier erklärt, die Deutschnationale Volkspartei in Preußen trete bedingungslos für die berechtigten Ansprüche Preußens ein. Ich weiß nicht, worauf die antipreußische Politik des Reiches beruht, vielleicht darauf, daß ein Reichsminister jüngst Bayern für die wichtigste Kraftquelle des Reiches erklärt hat, vielleicht darauf, daß Graf Westarp in seiner neulichen Rostocker Rede gesagt hat, die Wirtschaft in Preußen schreie zum Himmel. Man tut dieser Agitationsphrase zuviel Ehre an, wenn man sie ernsthaft zu widerlegen sucht.

In der Zeit, als Graf Westarp und seine konservativen Freunde die Alleinherrschaft in Preußen hatten, sind ja alle einflußreichen Stellen und Angehörigen einer bestimmten Adelsklasse vergeben worden.

Aber diese Wirtschaft ist im November 1918 zusammengebrochen und wird im Reich und in Preußen nicht mehr aufleben.

Nur die republikanisch-demokratische Staatsform hat es ermöglicht, auf den Trümmern des Zusammenbruchs der konservativen Wirtschaft den preußischen Staat wieder aufzubauen. (Stürmischer Beifall links, Unruhe rechts.)

In der Debatte nimmt als erster Redner Abg. Krüger-Brandenburg (Soz.) das Wort.

Vor der Rede Brauns gab es eine längere Debatte über eine Interpellation der Böllischen und der Wirtschaftspartei wegen der angeblichen Strafverurteilung des völkischen Landtagsabgeordneten Forstmeister Gieseler von Taberbrück im Kreise Osterode nach Trappönen.

Abg. Dr. von Bremer (Völk.) bezeichnet die Verurteilung als glatten Verfassungsverstoß.

Die Interpellation beantwortete der Landwirtschaftsminister Steiger dahin, daß die Verurteilung Gieselers lediglich im Interesse des Dienstes erfolgt sei, weil er in einem im Kreise Osterode verbreiteten Flugblatt eine Fortsetzung der Angriffe gegen den Wohlfahrtsminister in Aussicht gestellt und erklärt habe, er werde Hirtliefer schon noch stürzen. (Hört, hört! links.) Außerdem habe er dem Redakteur der deutschnationalen „Ostober Zeitung“ zum Zweikampf gefordert. (Erneutes Hört, hört!) Um eine Strafe handele es sich überhaupt nicht, da das neue gleiche Amt gleiches Gehalt brächte und die Umzugskosten vergütet würden. Von sonstigen Maßnahmen gegen Gieseler habe er sich trotz der schweren, völlig unbegründeten Verleumdungen Hirtlieferers mit Rücksicht auf die Immunität enthalten. (Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.)

Abg. Metzinger (Z.): Die Verfassung hat wirklich nicht den einzigen Zweck, völkische Verleumder zu schützen. (Sehr gut! links und in der Mitte.) Im alten Preußen hätte man einen solchen Beamten wie Gieseler hinausgeschmissen. (Sehr wahr! links.)

Abg. Sobotta (Komm.): Am Dienstag hat der Abg. Gieseler für die Maßnahmen gegen den kommunistischen Abgeordneten Abel gestimmt und jetzt beschwert er sich über sein eigenes Schicksal. Das ist pure Heuchelei.

Abg. Körner (Völk.): Die Kommunisten treten, wir stehen vollständig auf ihrem Standpunkt. (Große Heiterkeit.)

## Gegen Abbau der Krisenfürsorge.

### Sozialdemokratische Interpellation.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat folgende Interpellation eingebracht:

„Der Herr Reichsarbeitsminister hat durch eine Verordnung vom 22. April 1927, die am 1. Mai in Kraft getreten ist, für einzelne Gewerbe die Unterstützungsdauer aus der Erwerbslosenfürsorge auf 26 Wochen herabgesetzt. Außerdem ist geplant, für diese und weitere Berufe die Krisenfürsorge vollständig aufzuheben. Ferner soll in allen Bezirken diese Krisenfürsorge aufgehoben werden, wo die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger 1,5 Proz. der Gesamtbevölkerung während mindestens zwei Wochen nicht übersteigt.“

Durch diese Maßnahmen wird für eine große Zahl Erwerbsloser mit längerer Erwerbslosigkeit eine unerträgliche Lücke in der Gewährung von Unterstützung geschaffen.

Ist der Herr Reichsarbeitsminister bereit, die Verordnung vom 22. April wieder aufzuheben und die geplante Aufhebung der Krisenfürsorge zu unterlassen?“

## Entdeutschung Ostoberschlesiens.

### Der Vernichtungszug gegen die deutschen Arbeiter

Aus Ostoberschlesien schreibt man uns:

Eine Reihe von Maßnahmen der Behörden in Ostoberschlesien in den letzten Tagen zeigen mit aller Deutlichkeit, daß die bisherige Polonisierungsmethode sie nicht befriedigt und daß ihnen jedes Mittel recht ist, um die Entdeutschung durchzuführen. Auf einer Anzahl Feiern haben in den letzten Wochen bei den Betriebsrätewahlen die Gewerkschaften gute Erfolge erzielt. Die Behörden hatten schon bei der Einreichung der Listen kein Mittel gescheut, um sie zu hintertreiben, und ließen den Kandidaten durch die Vorgelegten erklären, daß die deutschorganisierten Arbeiter bei nächster Gelegenheit entlassen würden. Tatsächlich wurden dann mit Berufung auf die Wirtschaftskrise Entlassungen vorgenommen, aber ausschließlich deutschorganisierter Arbeiter und Funktionäre des Bergarbeiterverbandes und darüber hinaus aller Kandidaten der deutschen Sozialisten bei den Kommunalwahlen, ja, man hat sogar die Stimmzettelverteiler nicht verschont. Dies geschah nicht auf einer Feiern, sondern überall dort, wo der Bergarbeiterverband und die deutschen Sozialisten unter den Arbeitern Einfluß haben. Dabei sind die deutschen Sozialisten und Gewerkschaften die Träger der deutsch-polnischen Verständigung! Aber den polnischen Chauvinisten paßt der Umstand nicht, daß es der deutschen Arbeiterschaft gelungen ist, ihre Gewerkschaften auszubauen und kulturelle wie Sportorganisationen zu schaffen, welche sich regen Zuspruchs erfreuen. Es wird auch vielfach anerkannt, daß es gerade die freigewerkschaftliche und sozialistische Arbeiterschaft ist, die ihre kulturelle Zugehörigkeit zum Deutschtum bei jeder Gelegenheit freimütig betont und für diese Ziele auch Opfer zu tragen bereit ist.

Nach dem Raunosturz erhoffte man auch eine Aenderung der Minderheitenpolitik, doch hat man sich nach einem Jahr Bismarck-Regierung überzeugen müssen, daß die Polonisierungsbestrebungen noch viel schärfere Formen annehmen als je. Warschau hat zu dem Zweck einen früheren Aufständischenführer, Dr. Gracynski, zum Wojewoden ernannt, der gleichzeitig leitendes Vorstandsmitglied des chauvinistischen Westmarkvereins ist und offen bekannt hat, daß das Deutschtum ausgerottet werden müsse, weil es hier keine Deutschen, sondern nur germanisierte Polen gebe. Die Verfolgung der Eltern, welche ihre Kinder der deutschen Minderheitsschule zuführen wollen, darf als bekannt vorausgesetzt werden. Sie hat im März zu dem bekannten Genfer Kompromiß geführt, welches indessen bis zur Stunde vom Wojewoden Gracynski vollständig negiert wird, obwohl er die Erfüllung deutschen Vertretern gegenüber wiederholt zugesagt hat. Die Minderheitsschulen werden fast ausschließlich von deutschen Arbeiterkindern besucht, denn die besitzenden Stände wissen ihre Kinder bei Verwandten jenseits der polnischen Grenzen unterzubringen. Den Kampf um die Minderheitsschule hat also ausschließlich der deutsche Arbeiter zu führen, und man scheut nicht davor zurück, ihn dafür aus der Arbeit zu entlassen und ihm dann sogar die Arbeitslosenunterstützung zu entziehen! Bevor der Kampf um die Unterstützungszahlung ausgetragen wird, kommen polnische Agitatoren und versuchen besonders den Frauen einzureden, daß es ihnen sofort besser gehen werde, wenn sie nur das Kind in die polnische Schule schicken. Ja, man verspricht sogar Arbeit und verschafft auch vorübergehend Arbeitsstellen, wenn die Kinder aus der deutschen in die polnische Schule übergeführt werden.

Der Wojewode hat sich seinen Dispositionsfonds von 120 000 auf 300 000 Zloty erhöhen lassen mit der ausdrücklichen Begründung, daß das Polentum in Ostoberschlesien einer „kulturellen Stützung“ bedürfe. Diese „kulturelle Stützung“ wirkt sich dann in Sprengungen deutscher Gewerkschaftsversammlungen, Ueberfällen auf Funktionäre deutscher Organisationen aus. Der polnisch-sozialistische Arbeiter aber ist nur zu schwach organisiert, teilweise auch aus der Plebszeit noch zu chauvinistisch, um irgendetwas seinem deutschen Klassenkollegen helfen zu können. Außerdem fürchtet er, daß bei eventuellen Entlassungen man ihn auch einbeziehen würde, wenn er es wagt, für seinen deutschen Mitarbeiter irgendwie einzutreten; die Unterstützung des Abwehrkampfes der deutschen sozialistischen Arbeiter durch die polnischen Sozialisten und ihre Presse ist leider nicht sehr fühlbar. Versuche der deutschen Sozialisten, auf die polnischen Genossen einzuwirken, sind erfolglos geblieben. Warschau widmet seiner ostoberschlesischen Organisation nur wenig Aufmerksamkeit. So bleibt der deutsche Arbeiter allein in seinem Kampf und erwartet, daß es den Genossen im Reich gelingt, auf die Regierung einzuwirken, daß die Bestätigung mit Polen zustande kommt, wodurch doch die Wirtschaftskrise hier ein wenig behoben und dadurch die Massenentlassungen deutscher Arbeiter wenigstens teilweise eine Einschränkung erfahren würde.

Die Wirtschaftskrise verschärft sich von Tag zu Tag, die Entlassungen im Bergbau haben bereits die Aufnahmezahl während des Bergarbeiterstreiks in England überstiegen und die Entlassung weiterer 6000 Bergarbeiter steht bis Ende Juni noch bevor. Es ist selbstverständlich, daß hiervon wiederum am schärfsten der deutsche Arbeiter betroffen wird. Zurzeit erfolgt die Aufnahme der schulpflichtigen Kinder für die Minderheitsschule, welche Anfang September beginnt. Und nun setzt durch den Westmarkverein, dessen Mitglied auch

der Wojewode ist, der Kampf gegen die deutsche Schule ein. Es wird ganz offen erklärt, daß, wer sein Kind in die deutsche Schule schickt oder deutschen Organisationen angehört, niemals auf irgendeine Unterstützung rechnen darf und auch nie Aussicht hat, eine Arbeitsstelle zu bekommen, diese Arbeitsstellen müßten für polnische Arbeiter freigehalten werden, und gebe es solche in Ostoberschlesien nicht genug, so würden sie eben aus Kongresspolen und Galizien herbeigebracht. Zu gleicher Zeit wird in höheren Schulen die akademische Lehrerschaft abgebaut und durch Lehrkräfte ersetzt, die keinerlei pädagogische Vorbildung besitzen. Oft wirken hier Rektoren, die während der Aufstandszeit sich führend betätigten und einem sonst ehrbaren Beruf, wie Schulleiter, Gelegenheitsarbeiter, Tischler und Häuer nachgegangen sind, infolge ihrer patriotischen Einstellung jetzt zur Erziehung der Jugend die Befähigung haben!

Der oberschlesische Arbeiter neigt nicht zum Verlassen seiner Heimat, wie dies die Optionszeit erwies, er schätzt sein Obereschlesien, und weil er nicht zur Abwanderung geneigt ist, so wird die Entdeutschungspolitik mit allen Mitteln betrieben. Die hier geschilderten Vorgänge sind nur ein kleiner Ausschnitt der Gewaltpolitik gegen den deutschen Arbeiter und keineswegs irgendwie übertrieben. Aber aus dieser Vergewaltigungspolitik jagt der Nationalismus seine Kräfte und schädigt die deutsch-polnische Verständigung, die allerdings in Ostoberschlesien außer der Arbeiterklasse keine Freunde hat.

## Demonstrierfreiheit.

### Grzejski denkt nicht an ihre Beseitigung.

Die Demonstrierfreiheit ist eine Errungenschaft der Demokratie. Heute kann jedermann, der über die genügende Anhängerschaft verfügt, mit ihr durch die Straßen ziehen und für seine Sache demonstrieren. Die Kommunisten haben unzählige Male von dieser Freiheit Gebrauch gemacht und werden es auch in Zukunft tun. Sie wollen aber nicht begreifen, daß man die Freiheit, die man für sich selber in Anspruch nimmt, auch an andere zugestehen muß.

Darum haben sie eine wilde Heße gegen die preussische Regierung eröffnet, die den Aufmarsch des Stahlhelms zuließ, und gegen die Sozialdemokratie, die diese Zulassung billigte. Sie haben ihren Anhängern einzureden versucht, die Sozialdemokratie befände durch ihre Haltung Sympathie für den schwarzweißen Stahlhelm. Nach der gleichen Logik müßte auch gesagt werden, die Sozialdemokratie habe Sympathie auch für die Kommunisten, denn sie befürwortet ja auch die Demonstrierfreiheit für sie. Den Sozialdemokraten und den von ihnen vertretenen Grundfragen der Demokratie verdanken es die Kommunisten, daß sie unzählige Male demonstrieren dürfen und gewiß auch noch so lange, bis ihnen der letzte Mann davongelaufen sein wird, demonstrieren werden.

Jetzt will die „Rote Fahne“ ihren Lesern einreden, die sozialdemokratischen Minister in Preußen wollten den Kommunisten das Demonstrieren verbieten und der sozialdemokratische Parteivorstand betreibe dieses Verbot. Sie versteigt sich dabei zu folgenden irrsinnigen Behauptungen:

Uns ist bekannt, daß zwischen Hindenburg und sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Verhandlungen über das Demonstrierungsverbot geführt werden. Wir wissen, daß der sozialdemokratische Parteivorstand dieses Verbot will. Die Herrschaften fürchten nur die Opposition in den eigenen Reihen und die öffentliche Meinung. Die letztere will Zögeln umstimmen durch Enthüllungen über „Graueloten der Roten Frontkämpfer“ und durch geheime Konferenzen mit der demokratischen Presse!

Wir wissen, daß die „Rote Fahne“ wieder einmal albernere Lügen verbreitet, an die sie wahrscheinlich selber nicht glaubt. Kein Mensch im sozialdemokratischen Parteivorstand und, soviel wir wissen, auch kein preussischer Minister hält es für möglich, daß das sogenannte „Rote Pfingst-

treffen“ der Kommunisten verboten werden könnte, nachdem der Stahlhelmtag erlaubt worden ist! Niemand als die „Rote Fahne“ denkt an ein solches Verbot.

Der ganze Lärm hat seinen Anlaß lediglich darin, daß der preussische Innenminister, Genosse Grzejski, gestern im Landtag eine eindringliche Warnung vor der Störung von Demonstrationen durch Andersdenkende erließ. Diese Warnung war vollkommen berechtigt. Denn wenn friedliche Demonstrationen zu Prügeleien ausarten, bei denen Menschen um Leben und Gesundheit kommen, dann hört eben die Demonstrationenfreiheit für alle auf.

Es ist also nichts anderes als ein ganz plumper Schwindel, wenn die Kommunisten die Sache so darstellen, als ob sie die Demonstrierfreiheit schützen müßten. Die Kommunisten wollen die Demonstrierfreiheit nur für sich, für alle anderen wollen sie sie unterdrücken. Die Sozialdemokraten wollen die Demonstrierfreiheit nicht nur für sich selber, sondern auch für andere, z. B. auch für die Kommunisten.

Das ist der ganze Unterschied. Und damit erledigt sich auch der Wisch, der den sozialdemokratischen Parteimitgliedern, als sie gestern zu ihren Jahlabenden gingen, von Kommunisten in die Hand gedrückt wurde. Es heißt die sozialdemokratischen Arbeiter beleidigen, wenn man glaubt, sie könnten einen so plumpen Schwindel nicht durchschauen.

Die Presse der Rechten treibt es übrigens nicht besser als die „Rote Fahne“. Im Gegensatz zu dieser will die „Deutsche Zeitung“ aus der Rede Grzejskis herauslesen, daß in Zukunft nur noch „rote“ Demonstrationen erlaubt sein sollen, aber nicht mehr „nationale“. Und Hugenbergs „Tag“ behauptet, Grzejski sei „für Beschränkung des Bürgerrechts“. Diese Leute sind genau so berufen, „Bürgerrechte“ zu verteidigen wie die Kommunisten. Die einzigen, die das Recht aller Staatsbürger, zu demonstrieren, erkämpft haben und gegen rechts und links verteidigen, sind die Sozialdemokraten.

## Monarchistische Reichswehr-Propaganda.

### Eine Kundgebung in Braunschweig.

Aus Braunschweig wird uns geschrieben: Eine monarchistische Kundgebung unter Mitwirkung der Reichswehr war am Sonntag in Braunschweig zu verzeichnen. Die ehemaligen Angehörigen des Infanterieregiments 92 hatten sich zu einem Regimentstreffen mit „Deutschem Abend“ zusammengesunden, an dem nach der bürgerlichen Presse mehrere Generale a. D. sowie die Vertreter der Traditionskompanie, an der Spitze Hauptmann Zimmermann, also Vertreter der Reichswehr (Infanterieregiment 17) teilnahmen. In schwülstigen Reden wurde von der Wehrhaftigkeit unseres Volkes geredet, von der alten deutschen Herrlichkeit, die wiederkehren müsse und von „unserer alten Wehrmacht, die wieder auferstehen muß“. Der frühere Reichswehrkommandeur von Braunschweig, General Stadom, will die Jugend stahlhart machen, weil der Feind den Rhein und die Ostmark nicht freiwillig räumen werde. Ein anderer Redner schmetterte in den Saal: Dieser Geist, der nur das eine kennt, Sieg oder Tod, den laßt uns vor allem in unseren Kindern und Kindeskindern großziehen, damit dereinst, wenn von uns keiner mehr die Waffen führen kann, der Geist noch lebt in den Söhnen und Enkeln. Dem einmal wird doch das Signal zum Sammeln erklingen! An den Kriegergräbern hielt ein Geistlicher ebenfalls eine sehr trilergerische Rede.

Schließlich stimmte man einer Zusammenfassung aller 92er Militärvereine zu einem Bund zu und ernannte den ehemaligen Herzog von Braunschweig zum Ehrenvorsitzenden. Der Herzog hatte ein Begrüßungstelegramm geschickt, worauf der neugegründete Bund telegraphisch erwiderte: „Wir begrüßen Eure königliche Hoheit ehrfurchtsvoll und bitten um Uebernahme des Ehrenvorsitzes.“ Kennzeichnend für den Geist dieser Tagung war die Aufführung von „Schlageters Heldentod“. Wie gesagt: In diesem ausgeprochen monarchistischen Rummel nehmen Reichswehroffiziere teil!

## Schützt die gefährdeten Pflanzen!

Von Dr. W. Bächter.

Sobald der Frühling den Winter besiegt hat, regt sich im Städtchen der Wandertrieb, und besonders aus den Großstädten strömen allmählich die Menschen scharenweise in Wald und Feld, in die Berge und ans Wasser, um sich für die Wochenarbeit neue Kraft aus der Natur zu holen. Wenn diese Ausflügler dann abends müde in die Stadt zurückkehren, sieht man an den Hüften der Männer, am Busen der Frauen und in den Händen der Kinder meist schon verweilte Blumensträuße, die dann zu Hause in den Küllkosten geworfen werden. Das Abplücken der Blumen entspringt dem ganz natürlichen Bedürfnis des Menschen, ein Stück Natur mit nach Hause zu bringen, und man wird es jedermann verzeihen müssen, wenn er sich ein wenig Nachfreude verschaffen will. Aber wie alles im Leben, so hat auch das Blumenplücken seine zwei Seiten; es kann Freude wie Trauer bringen, denn die Menschen suchen meist solche Blumen als Erinnerung heim zu bringen, die besonders schön sind und nicht in Massen vorkommen.

Man stelle man sich einmal vor, wenn sich die Scharen der Ausflügler gerade auf diese schönsten und seltensten Pflanzen stützen, was dann im Laufe der Jahre aus den armen Blumen wird. Ausgerottet werden sie allmählich und unsere Kinder und Kindeskinde werden keine Freude mehr an ihnen haben. Die Schönheit der Natur beruht nicht im mindesten auf der Schönheit der Flora, und wer nicht nur an sich und den Augenblick denkt, muß wünschen, daß diese Schönheit uns erhalten bleibt. Wird die Natur doch ohnedies durch die zunehmende Industrialisierung unseres Zeitalters arg verschandelt.

Dies rechtzeitig erkannt zu haben, bleibt das große Verdienst des verstorbenen Professors Conwentz, des früheren Museumsdirektors in Danzig. Seiner Energie gelang es, eine „Staatliche Stelle für Naturdenkmalspflege in Preußen“ ins Leben zu rufen, und seit Bestehen dieses Instituts in Berlin-Schöneberg ist schon eine gewaltige Arbeit im Sinne des Naturschutzes geleistet worden. Man hat mit Erfolg versucht, die Abwanderung der Industrie aufs flache Land in die richtigen Bahnen zu leiten; man hat überall in Deutschland Naturschutzgebiete geschaffen, in denen die Flora und Fauna vor Eingriffen des Menschen bewahrt bleibt, und man hat eine ganze Reihe von Pflanzen als Naturdenkmäler erklärt, die dem deutigeren Menschen heilig sein sollen. Für ganz Preußen gelten 14 Pflanzen als geschützt: Straußenfarn, Königsfarn, Schlangenschwanz, Seidelbast, Wassernuß, Stranddistel, Eisenblättriger Wintergrün, blaueblühende Enzianarten und die Linde. Geschützte Pflanzen zu entfernen oder zu beschädigen, insbesondere sie auszugraben, abzureißen oder abzuschneiden“ ist verboten. Ueber-tretungen dieser Polizeiverordnungen werden mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder mit Haft bestraft. Da Kennzeichen des Ge-

setzes bekanntlich nicht vor Strafe schützt, so ist jeder Ausflügler, der sich einen Strauß pflücken will, gezwungen, die geschützten Pflanzen zu kennen; sonst kann ihm seine Sonntagsfreude arg verfallen werden. Außer diesen in ganz Preußen geschützten Pflanzen können weitere in den einzelnen Regierungsbezirken als geschützt erklärt werden. So sind z. B. im Polizeibezirk Berlin 8, im Regierungsbezirk Potsdam 11 und im Regierungsbezirk Frankfurt a. O. 14 weitere Pflanzen geschützt. Selbstverständlich haben die Länder ihre eigenen Verordnungen erlassen, die natürlich auch von den fremden Sommer- und Kurgästen, von Wandervögeln und anderen Wanderern gekannt werden müssen, wenn sie sich nicht der Gefahr aussetzen wollen, mit der heiligen Hermandad in Konflikt zu kommen.

Die „Staatliche Stelle“ hat jetzt eine Reihe von Atlanten herausgegeben, so daß jeder Laie instande ist, an Hand der Abbildungen und der einfachen Beschreibungen die geschützten Pflanzen kennen zu lernen. Bisher sind erschienen: „Atlas der geschützten Pflanzen Preußens“ von Professor Schoenichen, dem jetzigen Direktor der staatlichen Stelle (in dritter Auflage), „Atlas der geschützten Pflanzen Brandenburgs“ von Dr. Walter Eisenberger (1926), und „Atlas der geschützten Pflanzen Bayerns“ von Dr. Karl Schmolz, dem Gründer und 1. Vorsitzenden des Vereins zum Schutze der Alpenpflanzen (1926). (Alle drei erschienen im Verlag Hugo Bermühler, Berlin-Lichterfelde.) Unsere Alpenpflanzen sind natürlich am allergefährdetsten, denn jeder Bergsteiger möchte als Zeichen seiner Kühnheit und Ausdauer wenigstens einen Strauß Alpenrosen zu Tafel bringen, da das Edelweiß an einigemmaßen zugänglichen Stellen bereits ausgerottet ist.

Leider sind die Atlanten recht teuer (4,50 M.), so daß es einen großen Teil der Bevölkerung schwer möglich ist, sich einen solchen Atlas anzuschaffen. Bei Bezug von 10 Exemplaren für Vereine usw. ermäßigt sich allerdings der Preis auf 3 M. das Stück. Es wäre im Interesse unseres Naturschutzes zu wünschen, wenn sich recht viele Naturfreunde die Kenntnis der geschützten Pflanzen aneignen wollten. Dem Uebel der Pflanzenausrottung wird allerdings nur dann gründlich beizukommen sein, wenn die Kenntnis der Pflanzen schon auf der Schule erworben würde. Hier hat also der „deutsche Schulmeister“ wieder einmal Gelegenheit zu zeigen, daß er der Träger unserer Kultur ist.

## Frühjahrskrankheiten.

Dieser Lenz hat's in sich mit seinen trüben Witterungsumschlägen. Des Morgens warmer Sonnenschein und blauer Himmel; nachmittags kalter Wind, Regen und trüb bewölcktes Firmament. Die Folgen dieses jähen Temperaturwechsels pflegen auch nicht lange auf sich warten zu lassen; sie zeigen sich in Form von Schnupfen, Mandelentzündung, Mittelohrentzündung, Rheumatismus und sonstigen Erkältungskrankheiten.

## Koalitionswirwar.

### Das End- und Fernziel der Deutschnationalen.

Seit dem Blauen Streifmann-Prozess und der dort neu festgestellten deutschnationalen Methode des Klientelaufs zur Bekämpfung politischer Gegner weist die freundschaftliche Unterhaltung zwischen dem Pressedienst der Deutschen Volkspartei und den deutschnationalen Koalitionsgenossen nicht ab. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ hatte in der deutschnationalen „Bremer Zeitung“ einen neuen gehässigen Artikel gegen Streifmann gefunden und verlangt, daß „endlich der anständige Teil der deutschnationalen Presse gegen diese Anpöbeleien der Person Streifmanns Protest erheben müßte“.

Darauf antwortet die deutschnationale Pressestelle in einer hoch-effizienten Erklärung, man müsse zunächst der „Nationalliberalen Korrespondenz“ zurufen: Wie es in den Wald hineinschallt, schallt es auch wieder heraus! Zum Schluß aber kriecht sie zu Kreuz: Der Artikel der „Bremer Zeitung“, die kein parteiamtliches Blatt sei, wird von ihr „bedauert, verurteilt und von ihm abgerückt“.

Im nicht-offiziellen Teil der Deutschnationalen Parteikorrespondenz aber wird weiter gegen die Volkspartei und ihre Presse gestiftet. Die nationalliberale Aufforderung, doch ja nicht den Gegnern Gelegenheit zu geben, über den Wirwar in der Koalition zu spotten, beantwortet die Deutschnationale Korrespondenz mit bissigen Retortentuscheln. Dabei entschließt ihr dieses Geständnis:

„Wir erinnern gern daran, daß die DVV niemals ihr Fernziel und Endziel: die Befreiung, Kalter und Reich, niemals ihren monarchischen Charakter abgelegt und abgeschworen hat.“

Daran haben wir Sozialdemokraten auch nie im geringsten gezweifelt. Es ist aber gut und lehrsam für ihre Koalitionsgenossen, wenn sie auch durch die parteiispezifische Korrespondenz der Deutschnationalen erfahren, was von dem republikanischen Eid deutschnationaler Minister und von den republikanischen „Richtlinien“ zu halten ist, die sie anerkannt haben.

## Nur Verkleinerung der Kriegsschiffe.

### Englands und Japans Konferenzziel: keine Begrenzung der Zahl der Kriegsschiffe.

London, 12. Mai. (W.D.B.) „Daily News“ schreibt, es bestehe guter Grund zu der Annahme, daß Japan auf der Genfer Konferenz der drei führenden Seemächte die wesentlichsten britischen Forderungen unterstützen und sein Einverständnis erklären werde mit einer Herabsetzung der Tonnage für Großkampfschiffe von 35 000 auf 20 000 Tonnen und für Kreuzer von 10 000 Tonnen (mit achtzölligen Geschützen) auf 6000 Tonnen (mit sechs-zölligen Geschützen). Ferner sei Japan bereit, der Herabsetzung der Tonnage für Zerstörer und U-Boote auf 1000 Tonnen zuzustimmen.

## Die Kämpfe in China.

Hankau, 12. Mai. (Chinesische Nachrichtenagentur.) Wichtige militärische Ereignisse haben sich im Norden der Provinz Honan begeben, wo Teile der Roten Armee (Tschangsolin) versuchen, den Marsch der Nordexpedition auf Peking aufzuhalten. Die Nordtruppen hatten sich an den Eisenbahnlücken Peking-Hankau und Lunghai festgesetzt. General Tangschentschi entsandte daraufhin Verstärkungen zur Vorbereitung eines allgemeinen Angriffs nordwärts. Mit einer groß angelegten Offensive der Südtruppen ist in den nächsten Tagen zu rechnen. Eine besonders wichtige Rolle im Kampfe gegen Tschangsolin hat der General Fenchung, dessen Soldaten an der Grenze der Provinzen Schensi und Honan konzentriert sind und die nun im Eiltempo nach Osten gegen Schengschau (Knotenpunkt der Eisenbahnlücken Peking-Hankau und Lunghai) vorgehen. Der Vormarsch von der Grenzstadt Lungwan begann am 8. April. Die erste Armee Fenchungs schlug Truppen der Roten Armee und besetzte die erwähnte Stadt nach zehntägigem heftigen Kampfe. Danach setzte die erste Armee ihren Vormarsch in der Richtung auf Lojang fort, das das Ziel der drei getrennt marschierenden Armeen Fenchungs bildet.

Es scheint in dieser Jahreszeit fast unmöglich, den Körper mittels Kleidung vor Abkühlung zu schützen; es sei denn, daß man die Möglichkeit hätte, sich dauernd umzugeben. Aber auch dann noch drohen von der Heizung ungeahnte Gefahren. Mal ist es im Zimmer so warm, daß man die Fenster weit öffnet und den Ofen ausgehen läßt; kurz darauf legt ein Witterungsumschlag ein, und man beginnt zu frösteln. Kurzum — wenn nicht der Körper genügend abgehärtet ist, verfallen die Schutzvorrichtungen des Organismus, und die Erkältung ist dann oft der Wegbereiter für Infektionen. Allerdings bis zu einem gewissen Grade vermögen Vor-sicht und Ueberlegung auch Schutz zu gewähren. Es empfiehlt sich, selbst bei schönem Wetter stets einen Mantel mitzunehmen. Das beste Mittel gegen Durchkühlung von oben ist immer noch der Regenschirm; gegen Nachwerden von unten her verleiht gutes Schuhwerk eine gewisse Sicherheit. Sollte jedoch die Nase durch Schuße und Strümpfe hindurchdringen, so begeben man sich, wenn irgendmöglich, auf dem schnellsten Wege nach Hause, um die Füße zu entschieben, gründlich abzufröistieren und trockenes Schuhzeug anzulegen.

Für eine Gruppe jugendlicher Personen bringt das Frühjahr alljährlich einen Bindehautkatarakt mit sich — den sogenannten Frühjahrskatarakt der Augen, der mit Jucken und Bläulicheit einhergeht, an und für sich harmlos ist, jedoch den Betroffenen mitunter beträchtlich peinigt. Nach dem 20. Lebensjahr pflegt der Katarakt von selbst zu verschwinden. Schließlich gibt es eine Reihe von Hauterkrankungen, die sich im Frühjahr häufen oder sich verschlimmern. Hierher gehört das Ekzem, die Schuppenflechte, die Gürtelrose u. a. m.

Man sieht, trotz aller schönen Gaben hat auch das Frühjahr seine unangenehmen Seiten.

Eine Eisenbahn durch die Sahara. Der französische Abgeordnete de Warren hat im Parlament ein großartiges technisches Unternehmen angesetzt. Er will die französischen Kolonien Algerien, Marokko und Tunis durch Eisenbahnen mit dem französischen Sudan, dem Senegal, Niger und dem Kongogebiet verbinden. Eisenbahningenieure haben das Projekt geprüft und behaupten, daß drei Viertel der Strecke keine großen technischen Schwierigkeiten bieten; die Sahara sei leichter mit der Eisenbahn zu durchqueren als das Atlasgebirge, für dessen Durchquerung große Geldmittel erforderlich seien. Nach Vollenbung der Eisenbahn könnte man aber in fünf Tagen mit der Eisenbahn von Paris bis in den innersten Teil des Sudan gelangen. Nun sind die Finanzen der französischen Kolonialgebiete weniger angespannt als die des Mutterlandes; da aber alle Teile des französischen Reiches durch eine derartige Erschließung des innerafrikanischen Kolonialbesitzes große wirtschaftliche Vorteile erlangen würden, nimmt man an, daß selbst der Finanzminister Poincaré keine grundsätzlichen Schwierigkeiten bereiten wird.

Zu Ehren von Emil Prill, der am 10. Mai seinen 60. Geburtstag feiert, findet Donnerstags 8 Uhr in der Singakademie ein Konzert statt, bei dem der Jubilar selbst mitwirkt. Ein Kammerorchester von Mitgliedern der Staatskapelle spielt unter Leitung von Erich Kleiber.

## Der Kampf um die Aufwertung. Inflationserwerb von Grundstücken.

Dem Rechtsausschuß des Reichstages lag in seiner Mittwochsitzung ein Antrag der Demokraten vor, der die Aufwertung der Erwerbspreise von Grundstücken, die in der Inflationszeit veräußert worden sind, zum Gegenstand hat. Das Aufwertungsgezet regelt diese Materie überhaupt nicht. Durch Gerichtsentscheidungen sind in einzelnen Fällen Kaufverträge, die in der Inflationszeit abgeschlossen wurden, zugunsten des Verkäufers abgeändert worden. Ungeheuer groß ist aber die Zahl der ehemaligen Grundstücksbesitzer, die unter dem Druck der Rot Gebäude verkauft haben zu einem Preise, der nur wenige Prozent oder gar weniger als ein Prozent des Friedenswertes beträgt. Der vorliegende Antrag will nun, wenn ein Grundstück in der Zeit vom 15. Juni 1922 bis 14. Februar 1924 verkauft worden ist, dem Verkäufer eine persönliche Forderung in Höhe von 25 Proz. des Unterschieds des Verkaufspreises und des Wehrbeitragswertes zupredien. Er trifft auch Bestimmungen zur Regelung der Verkäufe in der Zeit zwischen dem 1. Januar 1919 und 14. Juni 1922 sowie zur Regelung der Fälle, in denen ein wiederholter Besitzwechsel eingetreten ist.

Von den Regierungsparteien und den Vertretern der Regierung wurden zunächst die schwersten Einwände gegen den Antrag erhoben. Es wurde geltend gemacht, daß man in freiwillig abgeschlossene Rechtsverhältnisse nicht eingreifen dürfe; daß man auch andere Substanzverkäufe, obwohl hier logischerweise dieselben Gründe vorlägen, keiner nachträglichen Korrektur unterziehen könne. Ein Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums sprach wieder von der großen Beunruhigung des Wirtschaftslebens und der Schädigung des Kredits, die sich aus dem Antrag ergebe. Auch die großen juristischen Schwierigkeiten der Lösung des Problems wurden betont.

Für die Antragsteller erklärte Freiherr von Richthofen, daß es ihnen nicht unbedingt auf eine Regelung nach der Formulierung ihres Antrages ankomme. Wenn man dem Grundgedanken näherträte, so seien sie mit einer zweckmäßigen Änderung ihres Antrages einverstanden. Die Sozialdemokraten, die Kommunisten und der Abgeordnete Dr. Best begründeten den Antrag, ohne sich auf seine Einzelheiten festzuliegen.

Abg. Keil (Soz.) führte aus, die Schwierigkeiten, die in der Materie lägen, dürften kein Hindernis sein, wenigstens in den Fällen dem Verkäufer eine Teilentschädigung zu gewähren, die einfach liegen und in denen öffentliche Verhältnisse eine Bereicherung des Käufers auf Kosten des Verkäufers vorgekommen sind. Der Fall sei nicht selten, daß der verarmte ehemalige Gebäudebesitzer heute für bescheidene Wohnräume in seinem eigenen früheren Hause mehr an Miete zu zahlen habe, als er für seinen Besitz erhielt habe. Wenn nur einige tausend Fälle dieser Art reguliert werden können, so dürfte der Gesetzgeber sich nicht davon abhalten lassen durch die Unmöglichkeit, das gesamte Unrecht wieder gutzumachen.

Der Antrag wurde schließlich an einen Unterausschuß verwiesen. Er soll dort nach der Verabschiedung der vorliegenden Novelle zum Aufwertungsgezet gesondert behandelt werden. Die übrigen zum Aufwertungsgezet und zur Durchführungsordnung gestellten Anträge wurden sämtlich abgelehnt. Hinsichtlich des § 17 der Novelle, der die Reichsregierung ermächtigt, mit Zustimmung des Reichsrats Rechtsverordnungen zur Verhütung unvorhergesehener Härten zu erlassen, wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der bestimmt, daß auch die Zustimmung eines Ausschusses des Reichstages erforderlich ist.

Im Reichstagsausschuß für die besetzten Gebiete erstatteten Vertreter der Regierung am Mittwoch Bericht über das am 1. Mai in Kraft getretene Abkommen über die Grenzziehung zwischen der ersten und zweiten Zone des besetzten Gebietes. Im Anschluß daran erhoben mehrere Abgeordnete lebhafteste Klage über die Verhältnisse im besetzten Gebiet. Vor allem wurde zur Sprache gebracht, daß französische Truppen auf dem Schießplatz Ludwigswinkel in der Südpfalz ununterbrochen Schießübungen veranstalten und dadurch eine Frühjahrsbestellung unmöglich machen.

## Dauerstimmungen des Unterhauses.

### Vergeblicher Versuch, die Opposition zu ermüden.

London, 12. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Das Gesetz gegen die Gewerkschaften ist am Mittwoch in sein parlamentarisches wichtigstes Stadium, das sogenannte „Komitee-Stadium“, getreten. Damit beginnt der Kampf um jede einzelne Zeile des Gesetzes. Ein Zeichen der Intensität des bevorstehenden Kampfes ist, daß die Regierung, noch bevor sich das Haus als Komitee konstituierte, die Aushebung des 11-Uhr-Nachschlusses der Verhandlungen beschließen ließ. Das bedeutet, daß in der nächsten Zeit mit Verhandlungen zu rechnen ist, welche die ganze Nacht hindurch dauern werden. Die Arbeiterpartei hat diese Maßregel der Regierung, die darauf ausgeht, das Gesetz mit möglicher Geschwindigkeit durchzusetzen, um die Kompromisse der Opposition zu schwächen, damit beantwortet, daß sie in einer Fraktionssitzung für jeden Paragraphen des Gesetzes die Redner bestimmte, so daß bei den Nachtstimmungen das Höchstmaß der Opposition gewährleistet ist.

Im Verlauf der Mittwochdebatte erklärte der durch seine Mäßigung bekannte Eisenbahnerführer Thomas, sein Gesetz könnte oder würde Millionen Arbeiter, die ihren Arbeitsbrüdern zu helfen wünschten, vom Streik zurückhalten!

## Konferenz der Kleinen Entente.

### Südslawien läßt sich die Erörterung des Tirana-Vertrages nicht verbieten.

Besgrad, 12. Mai. (B.Z.) Außenminister Marinkowitsch reiste heute zur Konferenz der Kleinen Entente nach Joachimsthal (dem staatlichen Radiumbad zwischen Karlsbad und Sachsen). — Red. d. „B.“. „Politika“ zufolge wird sich die Konferenz in erster Linie mit der Stellung der Kleinen Entente zu Ungarn beschäftigen. In einer amtlichen Verlautbarung werden die Nachfragen, daß auf Verlangen des rumänischen Ministers Titulescu auf der Konferenz nicht über den Tiranapakt verhandelt werden würde, entschieden dementiert. Die dem Außenminister nahestehende „Promada“ nimmt gegen die Behauptungen Stellung, daß die Kleine Entente innerlich zerfallen sei. Es werde erwartet, daß die Konferenz klare Linien für die Politik der drei Verbündeten feststellen werde. Die drei Staaten seien auch durch Militärabkommen verbunden. Die Konferenz werde zu zeigen haben, daß die Kleine Entente keine Organisation sei, die nur auf dem Papier stehe.

Dieser energische Ton scheint gegen die ungarische Königsinacht gerichtet zu sein, deren Erfolg den früheren ungarischen Besitz der Tschechoslowakei, Südslawiens und selbst auch Rumäniens mit der Zeit bedrohen könnte. Der ungarisch-italienische Bündnisabstufung war für Südslawien eine besonders schwere Enttäuschung.

# Klage aus dem Gefängnis.

Aus einer längeren Kletterfahrt eines Gefangenen geben wir auszusammeln, jedoch ohne den Wortlaut zu ändern, jene Stellen wieder, die sich mit der bisher wenig oder gar nicht behandelten Frage der sozialen Not der Gefangenen beschäftigen. Die offene, schlichte und ernste Art, wie der Gefangene diese Frage behandelt, und auch die die Klage zu einer erschütternden Klage gegen unsere heutige Justiz wird, sollte Anlaß sein, daß sich Staatsanwälte, Richter und Anwälte, Justizbehörden und das Parlament mit der Frage beschäftigen. D. Red.

Was bedeutet Haft, Gefängnis usw. für einen Menschen? — Herausgerissen mitten aus seinem Wirkungskreis, herausgerissen aus seiner Familie, losgelöst von allem, was das Leben heißt. Welcher Staatsanwaltschaft hat überhaupt eine Ahnung, was es für einen Menschen mit noch gesundem Sinnen bedeutet, hinter den eisernen Türen eines Gefängnisses zu verschwinden, zwischen vier nackten, weißen Wänden zu sitzen, verblödet, verzweifelt, zerbrechend? In jenen häßlichen Zellen, Nächste, Monate und oft Jahre zuzubringen, in denen Simulanten und wirkliche Geistesgestörte, Epileptiker und Tölpel in unartifizierten Bauten brüllen wie die wilden Tiere; in jenen Häusern, in denen jeder Mensch nur eine Nummer ist, in denen heute jemand wahnsinnig geworden in das Herrenhaus übergeführt wird, morgen ein anderer sich erhängt; wo in diesem Augenblick jemand einen Anfall bekommt, der nervenerschütternd wirkt auf den, der hinter der verschlossenen Tür das Köcheln mithören muß, ohne sich regen zu können und wo man im anderen Augenblick einen anderen Epileptiker die Treppe herunterstürzen hört. Das Grauen, die Not und das Elend eines Gefangenen, sein Staatsanwalt und sein Richter eine wirkliche Ahnung hat, ist entsetzlich. Und in diesen Häusern, in denen Abschreckung und Vergeltung geübt worden ist, will man neuerdings die moralische Besserung der Gefangenen oder Nichtgefängelten erzielen?

Doch nun zum Hauptfachlichsten. Der Staat nimmt für sich das Recht in Anspruch, Menschen einzusperrern. Er tut aber oft mehr als das. Er vernichtet damit Familie und Ehe. Wirtschaftlich und gesundheitlich. Frau und Kinder fallen der öffentlichen Wohlfahrt (sprich Armenpflege) anheim, deren Zuwendungen immer beschränkt sind, sowohl zeitlich als auch in ihrer Höhe. Ganz abgesehen von allen demütigenden Laufereien und Redereien sind diese Unterstützungen zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig. Die wirtschaftliche Not dieser Armen ist es, das furchtbare Elend und die Entbehrungen, die die Frauen der Gefangenen nur zu oft der Schande, dem seelischen und leiblichen Ruin unrettbar entgegenreißen. Kann man sich auch nur annähernd eine Vorstellung machen von dem, was sich im Innern mancher Gefangenen abspielt, der im Gefängnis

„gebessert“ werden soll, dem man mit Vergünstigungen aller Art, mit Konzerten und dergleichen mehr das Leben „brin“ erleichtern und ihn erheben will, während das Beste, was er sein eigen nennt, Frau und Familie draußen zerfällt und zerbricht? Moderner Strafvollzug? Welch eine Ironie! —

Und ist's nicht die wirtschaftliche Not, so ist's oft die körperliche, die jegliche Not, die daselbst Rekrutiert zeitigt. Sei es, daß die unschuldige Frau draußen sich ihrer natürlichen Triebe nicht zu erwehren weiß, sei es, daß der „Gebesserte“ durch geheime Ausschweifungen oder durch radikale Abstinenz in seiner Gesundheit derart zerrüttet wird, so daß die noch bestehende Ehe in kurzer Zeit aus Gründen in die Brüche geht, an denen der Staat schuld ist und nicht die ehemaligen Gefangenen. Ist das Strafrecht und Strafmed? Ist das moderner Strafvollzug?

Nicht auf Konzerte, Rauch, Zeitungserlaubnis usw. wird es ausschlaggebend ankommen, sondern auf die Pflege der Beziehungen zur Familie und Ehe, die der Gefangene möglicherweise erst in der Haft achten und schätzen gelernt hat, in der er festwurde — fester denn je in der Zeit — nach seiner Straferlassung. „Ehe- und Familienbände inniger gestalten“, das muß der Zeitfaden unserer Strafvollzugsreform sein, „nicht aber sie vernichten“, wie es bis jetzt der Staat als kein ungehöriges Recht sich herausgenommen, das kein Gesetzgeber ihm ausdrücklich verliehen hat. Die Pflege der Ehe durch freieren Brief- und Sprechverkehr bis zur Ermöglichung des ungeführten Zusammenlebens der Eheleute und zwar nicht als Belohnung für gute Führung des Gefangenen gedacht, sondern als ein unantastbares Recht, das jedem Ehepartner und allen Eheleuten zusteht, auch im Gefängnis, wird vorher zerrüttet gemessene Ehen wieder festigen, wird die Betroffenen körperlich und seelisch gesund lassen und widerstandsfähig machen gegen mancherlei durch wirtschaftliche Not hervorgerufene Verletzungen.

Mit wenigen Ausnahmen ist doch zutreffend: Wer in die Maschine unserer Strafvollzugsreform gerät, verläßt sie nicht ohne zeretzte Glieder, beschmutzte Kleider und zerbrochene Seele. Wenn ich mich vorläufig, so schließt der Schreiber mit allgemeineren Ausführungen, zufrieden geben mußte, so zeigen schon diese genug des Uebels. Bewege sie, lieber Leser, in deinem Herzen. Verwende dich und andere für die gesetzmäßige Abstellung solcher unheimlichen Zustände in deinem eigenen Interesse. Was heute nicht ist, kann morgen schon auch für dich zutreffen: Unschuldige Unterjüngerschaft, unschuldige Strafhäft, Trennung und Vernichtung von Familie und Haus. Es geht mich und — dich an!

## Raubüberfall eines Sechzehnjährigen. Das Opfer eine Seifenhändlerin.

Ein strecher Raubüberfall wurde heute mittag kurz nach 12 Uhr auf eine 46 Jahre alte Frau verübt, die am Bouzener Platz 4 einen Seifenhandel betreibt. Der Täter, ein 16jähriger Schüler Wilhelm Nusen aus Westfalen, der seinen Eltern vor einiger Zeit entlaufen ist, konnte nach aufregender Jagd durch die Straßen Schönebergs festgenommen werden.

In dem Seifengeschäft der Frau Stahn erschien heute mittag kurz nach 12 Uhr ein junger Mensch, der sich einige Postkarten vorlegen lassen wollte. In dem Augenblick, als die Frau dem Burschen den Rücken kehrte, um die Karten aus einem Spind hinter dem Ladentisch zu nehmen, ergriff der Bursche den gläsernen Zählsteller und verfehlte der Frau mehrere wuchtige Schläge über den Kopf. Die Leberfallene konnte noch um Hilfe rufen und brach dann bewußtlos zusammen. Der Täter, der es jetzt mit der Angst zu tun bekam, ergriff darauf die Flucht. Straßenpassanten nahmen die Verfolgung des Flüchtenden auf, der an der nächsten Straßenecke einem Polizeibeamten in die Arme lief. Er wurde festgenommen und der Kriminalpolizei übergeben.

Bei seiner Vernehmung gab N. an, seinen Eltern vor einiger Zeit entlaufen zu sein. Nach verschiedenen Irrfahrten landete er schließlich in Berlin. Seine beschränkten Geldmittel gingen aber bald zu Ende und so reiste in ihm der Plan, sich durch einen Raubüberfall Geld zu verschaffen. Der Bursche wird in seine Heimat zur Aburteilung zurückgebracht werden. Die Verletzungen der Frau sind nicht sehr schwerer Natur.

## Brandstiftung im Kriminalgericht. Kein Schaden entstanden.

Eine Brandstiftung, die gestern abend im neuen Kriminalgerichtsgelände in Rosabüt verübt und so rasch erbeutet wurde, daß kein Schaden entstand, erinnert an den ähnlichen Fall im Potsdamer Landgericht.

In dem großen Gebäude an der Turmstraße hatten gestern abend nach 7 Uhr ein Staatsanwaltschaftsrat, der heute einen Termin hat und andere Beamte der Staatsanwaltschaft III und des Gerichts in ihren Räumen im 3. Stock noch zu tun. Sonst lagen die Räume und die langen Gänge still da. Durch Brandgeruch aufmerksam geworden, sah man nach und entdeckte auf dem Gang an den Türen der Zimmer 610 und 614 zwei Brandherde. Unmittelbar unten an den Türen war mit Petroleum getränktes kleingespaltenes Holz aufgeschichtet und angezündet worden. Die Türen waren etwas angeschwemmt. Die Beamten erstarrten leicht das Feuer, ohne daß die Feuerwehr gerufen zu werden brauchte. Die Tür des Zimmers 617 war mit Petroleum übergoßen, aber noch nicht angezündet. Die Brandlegung kann nur wenige Minuten in Anspruch genommen haben. Vielleicht sind die Freuler auch gestört worden. Das Revier 28 und die Kriminalinspektion Tiergarten entsandten mehrere Beamte, die die Befundnahmen und die Ermittlungen einleiteten. Dafür, daß die Brandstiftung mit den Attentatsversuchen, die seit einiger Zeit die Behörden beschäftigen, im Zusammenhang stehen könnten, hat sich kein Anhalt gefunden. Eine Spur konnte bisher noch nicht ermittelt werden.

## Dachstuhlbrand im Zentrum.

Mehrere Schätze der Feuerwehr wurden gestern nacht gegen 12 Uhr nach dem Grundstück Alexanderstr. 38 gerufen, wo in einer Mansardenwohnung des Vorderhauses Feuer ausgebrochen war, das auf den Dachstuhl übergegriffen hatte. Das Feuer fand an Wöbelen, Gerümpel und an der Dachkonstruktion reiche Nahrung, so daß, als die Wehren an der Brandstätte erschienen, ein Teil des Dachstuhles lichterloh brannte. Durch einen umfassenden Löschangriff, wobei aus mehreren Schlauchleitungen Wasser gegeben wurde, konnte die Gefahr bald beseitigt werden. Die Aufräumarbeiten zogen sich bis in die Morgenstunden hin. Die Entstehungsursache konnte noch nicht einwandfrei geklärt werden. Man vermutet, daß glühende Aschenreste, die sich in einem schadhafenen Mülleimer befanden, den Brand hervorgerufen haben.

## Das Orakel aus Berlin NO.

War das ein Schreck am hellen Mittag. Extrablätter schwirrten durch die Rüste, wie gierige Leuselzungen leichten Schlagworte wie: „Ein neuer Weltkrieg“, „Gittgale“, „England“ die Straßen entlang, und die Zeitungspertauer, die diese Hiobsbotschaft für einen Großen dem Publikum zugänglich machten, hatten ein gut florierendes Geschäft zu verzeichnen. Nun zu den Erhebungen dieser erschütternden Nachrichten: Herr Kurt Bahmann, „Alter“, Naturbeobachter, Volksredner und Hungertänzer a. D. liebt nun mal das

Ungewöhnliche. Wir machten seine Bekanntheit vor ungefähr einem Jahre, als er gleichzeitig mit anderen „Berufscollegen“ eine Hungertagung veranstaltete. Er sagte seine „Kunst“ nach seiner Auffassung vom rein ethischen Standpunkte auf und dünkte sich ein zweiter Bürgermeister von York. Allerdings konnte sich diese seine Meinung im Publikum nicht recht durchsetzen, da eines Tages seine Produktionen infolge Streitigkeiten finanzieller Natur mit seinem Manager ein jähes Ende erreichten. Sein Name verlor schließlich wieder in den Orkus, doch ließ ihm sein reger Geist keine Ruhe und er präsentiert sich uns nun aufs neue als Zeitungsnotiz für schlauestes Weltgeschick. Was ist der Kernpunkt all des üblen Geschwäzes. Eine Propaganda zum Beitritt der „Internationalen Roten Hilfe“. Vierteljahresbeitrag 25 Pf., 6 Pf. Bestellgeld. Als verantwortlicher Redakteur zeichnet sein Bruder Georg, treuer Assistent in allen Lebenslagen, auch bei der vorzeitig aufgelösten Hungertagung.

## Bleibt das schlechte Wetter?

Die unbeliebtesten Herren aus dem christlichen Kalender, die drei Eisdämonen Mercurius, Pantraius und Serapius, sind auch in diesem Jahre am Werke: Pünktlich mit dem 10. Mai, dem Tage des Herrn Mercurius, hat das nachfolte ungemütliche Wetter eingesezt, das dem Monat Mai keine Ehre macht. Hatten wir doch heute morgen um 10 Uhr kaum 5 Grad Wärme! Leider aber sind die Aussichten, daß sich das Wetter in den nächsten Tagen bessern wird, nur gering. Die Beharrungstendenz ist erheblich, die Zufuhr kalter Luft aus dem Nordwesten soll noch eine ziemliche Weile anhalten. So muß man damit rechnen, daß die nachfolte Bitterung noch eine geraume Weile fortbauert.

Hoffen wir aber, daß die Wetterpropheten diesmal nicht Recht behalten werden.

Achtung! Männerchor Harmonie Chorloffenburg. Die Uebungsstunde der Jugendabteilung findet am Freitag nicht in der Aula Schloßstr. sondern in der Aula Scharenstr. 25 um 5 Uhr statt.

## Aussichtsloses Suchen.

### Das Schicksal der Atlantikflieger besiegelt.

Paris, 12. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Im Laufe der Nacht sind in Paris ebenfalls keinerlei Mitteilungen über die beiden vermißten französischen Flieger eingetroffen. Auch der Kapitän des Dampfers „Paris“, der am Mittwoch abend in New York eingetroffen ist, hat der Presse Erklärungen abgegeben, die außerordentlich pessimistisch gehalten sind und daran zweifeln lassen, daß es gelingen wird, die beiden Flieger wiederzufinden. Er stellt fest, daß während der Ueberfahrt des Dampfers von Le Havre nach New York besonders am Sonntag ein ungeheurer Sturm in der Nähe der amerikanischen Küste und über der ganzen amerikanischen Hälfte des Atlantischen Ozeans wütete. Dieser war so stark, daß es für jedes Flugzeug ausgeschlossen war, falls es dazu gezwungen wäre, auf dem Ozean niederzugehen, dem Sturme Stand zu halten, es wäre sofort in Stücke geschlagen worden, da selbst der Dampfer alle Mühe hatte, sich zu halten. Auch die Hoffnung, daß die beiden Flieger gegen Kanada weiter geflogen seien, muß nach Meldungen des französischen Generalkonsulats in Montreal ausgegeben werden. Alle Nachforschungen an der kanadischen Küste sind erfolglos geblieben. Das Luftschiff „Los Angeles“ hat vom amerikanischen Marinedepartement Befehl erhalten, sich an den Nachforschungen zu beteiligen. Es hat aber bisher ebenso wie die an der kanadischen und englischen Küste angestellten Nachforschungen keinen Erfolg gehabt.

Washington, 12. Mai. (B.Z.) Die Versuche, die französischen Flieger Rungesser und Goss aufzufinden, werden bis zur Mitte des Atlantischen Ozeans ausgedehnt werden, und zwar sollen Wasserflugzeuge benutzt werden, denen Rutter als Begleitflugzeuge mitgegeben werden. Ungefähr 20 Fahrzeuge patrouillieren bereits längs der amerikanischen Küste. Ferner ist ein Geschwader von acht Torpedobootszerstörern weiter auf die hohe See hinaus geschickt worden. An den Nachforschungen beteiligen sich außerdem noch drei Wasserflugzeuge, die in Gloucester stationiert sind.

## Rückkehr der Deutschen Atlantischen Expedition.

Nach Erledigung der Forschungen auf dem 14. Profil hat die Deutsche Atlantische Expedition ihre Arbeiten beendet. Das Vermessungsschiff „Meteor“ wird am 13. Mai in Teneriffa eintriften und von dort aus den Rückweg in die Heimat antreten. Am 2. Juni wird „Meteor“ nach einer Abwesenheit von zwei Jahren und zwei Monaten in der Heimatstadt Wilhelmshaven eintriften.

## Eine Musterorganisation.

Berliner Metallarbeiter, macht's nach!

In Wien fand dieser Tage die Generalversammlung des österreichischen Metallarbeiterverbandes statt. Das Wiener Bezirkssekretariat des Verbandes gibt bei dieser Gelegenheit einen Bericht heraus, der ein anschauliches Bild gibt über die Krise in der Metallindustrie, aber auch über die Festigkeit der Organisation der Wiener Metallarbeiter.

Die Wiener Metall- und Maschinenindustrie steht in einer schweren Krise. Betriebe, die noch vor wenigen Jahren zweitausend und mehr Arbeiter beschäftigten, haben den Beschäftigungsstand auf die Hälfte herabgesetzt. Besonders traurig zeigt sich diese Erscheinung in der Elektrizitäts-, in der Lokomotiv-, in der Schrauben- und Achsen- sowie in der Maschinen- und Automobilindustrie.

In allen Groß- und Mittelbetrieben der Metallindustrie im Agitationsbezirk Wien waren im Jahre 1922 89 140, im Dezember 1926 aber nur noch 45 679 Arbeiter, Arbeiterinnen und Lehrlinge beschäftigt. Am stärksten war der Rückgang von 1924 auf 1925, nämlich 31 316. Das war die Folge des Bankrotts.

Günstiger ist das Bild in der Wiener Kleinindustrie. In den Kleinbetrieben der Metallindustrie ist die Zahl der Beschäftigten dauernd gestiegen. Während von 1922 bis 1926 die Zahl der Arbeiter in den fabrikmäßigen Betrieben um die Hälfte gesunken ist, stieg sie in den Kleinbetrieben von 13 720 auf 22 291. Es trat also eine völlige Umschichtung der Betriebe ein: 1922 beschäftigten die Großbetriebe noch mehr als sechs Siebtel der Arbeiterschaft, 1926 dagegen nur etwas mehr als zwei Drittel.

Die Betrachtung der Arbeitslosigkeit zeigt, daß im Jahre 1922 ein Fünftel der Metallarbeiter arbeitslos war, 1926 aber bereits ein Drittel. Greulich sind die Angaben über die Stärke der Organisation. Sie zeigen, daß die Organisation die Betriebe völlig erfaßt hat. So, daß die Zahl der Organisierten die der Beschäftigten übersteigt. Im Jahre 1922 gab es 102 860 beschäftigte Metallarbeiter; davon waren 89 513 organisiert. Im Jahre 1926: 88 841 Beschäftigte und 81 358 Organisierte. Von da an kehrt sich das Verhältnis um. 1924 74 203 Beschäftigte und 81 353 Organisierte; 1925 67 589 Beschäftigte und 74 260 Organisierte und schließlich 1926 67 970 Beschäftigte und 72 927 Organisierte. Berliner Metallarbeiter, macht's nach!

## Streik und Aussperrung in der Kartonnagenindustrie.

Der Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter, Ortsverwaltung Berlin, schließt seit 7 Jahren regelmäßig mit der Ortsgruppe Berlin des Zentralverbandes Deutscher Kartonnagenfabrikanten Löhne ab, die etwas höher sind als die reichsstarke vereinbarten Lohnsätze. Im Jahre 1926 wurde der zentrale Spitzenlohn von 83 Pf. auf 80 Pf. gesenkt. Der Berliner Lohn betrug seinerzeit 92 Pf. Die Berliner Kartonnagenarbeiter schloß sich damals im Kampfe dem für Berlin beabsichtigten Lohnabbau an. Eine der führenden Firmen, deren Inhaber gleichzeitig Tarifkommissionsmitglied ist, und zwar die Firma Moriz u. Barshall, hatte damals schon, bereits bevor es zum Ausstand kam, mit ihrer Betriebsvertretung einen Vertrag abgeschlossen, der den in diesem Betriebe beschäftigten 300 Arbeitern den alten Lohn sicherte.

Nach erfolgreichem Streik trat diese Firma aus dem Unternehmerverband aus. Grund dafür war die erfolgreiche Durchführung der Lohnbewegung. Daraus war also klar zu ersehen, daß diese Firma nur deswegen Zugeständnisse gemacht hatte, um nach Niederbrechendem Streik ihre Zulage wieder zurückziehen zu können. Bei einer neuen Lohnbewegung, die im Oktober 1926 durchgeführt werden mußte — der Lohnabbau sollte nunmehr durchgeführt werden —, war auch jetzt wieder die Firma Moriz u. Barshall die erste, die den alten Lohn weiter bewilligte. Die Firma ist heute wieder Wortführer im zentralen Arbeitgeberverband. Sie hat vereinbart, daß noch zwei andere Firmen, die Märkische Kartonnagen- und Kartonnagen-A.G., Hasenheide, und die Pa-Pa-Co-A.G., Pantow, aus dem alten Unternehmerverband auscheiden und sich neu in einer Interessengemeinschaft der Maschinen-Kartonnagenfabrikanten zur Wiederholung der Löhne unter der Führung des Syndikus Dr. Engel zusammenschließen. Bei neuen Verhandlungen, die aus Anlaß der Miet- und Fahrpreiserhöhung notwendig waren, wurde mit dem alten Arbeitgeberverband, der ungefähr 3000 Arbeiter beschäftigt, ein neuer Vertrag abgeschlossen mit 98 Pf. Spitzenlohn. Die Facharbeiterinnen sollen nach diesem Vertrag 61 1/2 Pf. und die in dieser Gruppe wenig in Frage kommenden Hilfsarbeiterinnen 50 1/2 Pf. pro Stunde erhalten.

Die drei in der Interessengemeinschaft vereinigten Firmen, die etwa 750 Personen beschäftigen, unter denen mehr als 600 Hilfsarbeiterinnen in der Hauptsache mit den mittleren Löhnen von 30 bis 40 Pf. pro Stunde beschäftigt werden, haben diesen Lohnaufschlag anerkannt und haben den Arbeitern nur die Hälfte der Zulage, so daß jetzt alle in Frage kommenden Arbeitnehmer im Höchstfalle Zulagen von 1/2 bis 1 Pf. in der Stunde erhalten hätten, also noch nicht einmal soviel, um die Fahrpreiserhöhung zu decken; von der Mietpreiserhöhung und von den eingetretenen weiteren Erhöhungen in der allgemeinen Verteuerung der Lebenshaltung ganz zu schweigen. Trotzdem die drei in der „Interessengemeinschaft“ vereinigten Betriebe die kapitalträchtigsten und technisch am vollkommensten eingerichteten Betriebe sind, treiben sie eine so schäbige Lohnpolitik.

Im Betriebe der Märkischen Kartonnagen- und Kartonnagen-A.G., Hasenheide 5-6, trat darauf die Belegschaft in den Streik, nachdem sie noch obendrein von der Direktion

dieser Firma provoziert wurden. Als Antwort auf diesen Streik erfolgte die Aussperrung in den beiden übrigen Betrieben Moriz u. Barshall und Pa-Pa-Co. Darüber hinaus droht man damit, eine allgemeine Aussperrung vorzunehmen, trotzdem für alle anderen Berufsangehörigen die Lohnfrage durchaus geregelt ist. Der Buchbinderverband ist durch seine tarifliche Bindung gehindert, den Streik anzuerkennen. Inzwischen erfolgte Verhandlungen blieben leider ergebnislos.

Die Streikenden und Aussperrten, die in einer vollständig besuchten Versammlung am Dienstag von dem Mißerfolg der Verhandlungen Kenntnis nahmen, haben die Zumutung der „Interessengemeinschaft“, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen, entschieden abgelehnt. Sie haben dagegen fast einstimmig beschlossen, nicht eher die Arbeit wieder aufzunehmen, bevor nicht ein den Verhältnissen einigermaßen angepaßter Lohn festgelegt wird.

## Ein Kranker bespitzt.

Der Detektiv auf falscher Fährte.

Ein Montagemeister der Eisenkonstruktionsfirma Braß u. Heristet wurde krank und arbeitsunfähig, als er sich im Räumungsverhältnis befand. Dem Werkmeister muß ja sein Gehalt auch während der Krankheit gezahlt werden. Die Firma aber wollte nicht zahlen, denn sie nahm an, der Meister sei gar nicht krank. Ein ärztliches Attest, welches die Krankheit bescheinigt, scheint der Firma nicht als beweiskräftig gegolten zu haben. Sie beauftragte ein Detektivinstitut, den Meister beobachten zu lassen. Der mit der Erledigung dieses Auftrages betraute Detektiv erhielt die Adresse sowie die Personenbeschreibung des Meisters und ging an die „Arbeit“. Um 7 Uhr morgens bezog der Detektiv seinen Beobachtungsposten. Um 10 1/2 Uhr verließ ein Mann im grauen Anzug, etwa 1,50 Meter groß, mit vollem schwarzen Haar das Haus. Das ist er, dachte der Detektiv, heißt sich an die Fersen des Mannes und folgte ihm auf verschiedenen Straßenbahn- und Autobusfahrten, bis der Verfolgte um 12 1/2 Uhr im Hofbräuhaus am Anhalter Bahnhof landete, wo er sich mit einem anderen Herrn bis 3 1/2 Uhr aufhielt, um schließlich nach einem Spaziergang sowie Alkohols, Straßen- und Stadtbahnfahrt zum Ausgangspunkt in Steglitz zurückzukehren.

So berichtete der Detektiv seinem Auftraggeber. Gestützt auf diesen Bericht, hielt die Firma für erwiesen, daß der Meister eine Krankheit vorgetäuscht habe und verweigerte ihm das Gehalt für den Monat März. — Der Meister klagte beim Gewerbeamt. Der Detektiv wurde als Zeuge geladen. Seine Angaben seien richtig. Selbstverständlich. — Mag sein, aber ob sie sich denn auf den Kläger beziehen? — Auf den Kläger? Ja, meint der Detektiv, auf den mir beschriebenen Mann: 1,50 Meter groß, volles schwarzes Haar, grauer Anzug usw. — Der Vertreter des Werksmeisters ruft den Kläger ins Zimmer und fragt den Detektiv: „Kennen Sie diesen Herrn?“ — Der Detektiv schaut den Kläger an: „Rein, den kenne ich nicht, den habe ich nie gesehen.“

Ra also: „Wenn Ihr Bericht kein Phantasiegebilde ist, dann haben Sie eine falsche Fährte verfolgt.“ Die mit ihrer Bespitzung so arg hineingefallene Firma sah sich hiernach genötigt, dem Kläger sein Gehalt zu zahlen.

## Betriebsratswählerfolg in Ostberlin.

Kattowitz, 12. Mai. (T.M.) Die Betriebsratswahl auf der Mag-Grube hat den deutschen sozialistischen Gewerkschaften einen großen Erfolg gebracht. Die deutschen freien Gewerkschaften, die mit den polnischen Sozialisten eine Listenverbindung eingegangen sind, haben acht Mandate erhalten, während die polnischen Gewerkschaften nur zwei Mandate erhielten. Bei der Wahl des Angestelltenbetriebsrates konnte der deutsche A.F.A. Bund fünf Sitze erobern; die polnische Angestellten-Gewerkschaft erhielt nur einen Sitz.

## Protest der niederländischen Gewerkschaften.

Amsterdam, 11. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Gegen die etwaige Vollstreckung der Todesstrafe an Sacco und Vanzetti hat der Niederländische Gewerkschaftsbund im Rahmen von 200 000 angeschlossenen Arbeitern beim Gouverneur von Massachusetts telegraphisch Protest eingelegt.

## Über 200 000 Arbeitslose in Moskau.

Riga, 11. Mai. (T.M.) Die der „Trud“ meldet, wurden auf dem Moskauer Arbeitsnachweis am 1. April 209 467 gegenüber 135 918 Arbeitslose im April des Vorjahres gezählt. In erster Stelle stehen die sogenannten gemeinen Arbeiter, wie Tagelöhner und Handlanger mit 92 042 Personen oder 43 Proz., dann folgen Kopparbeiter mit 61 708 Personen, davon 39 233 staatliche Angestellte.

Der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten teilt mit, daß die Sperre gegen die Gastwirtschaften Wenden, Köpenick, und Wald-Idyll, Schmöckwitz, hierdurch aufgehoben ist, da die Unternehmer die tariflichen Bedingungen anerkannt haben. Bezüglich des Lokals Wenden ist mitzuteilen, daß sich die bisherige Sperre gegen den Inhaber Friedrich richtete. Inzwischen ist dieser städtische Betrieb neu verpachtet worden. Der neue Inhaber hat die Bedingungen der Organisation anerkannt.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9-3 Uhr und 4-6 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr geöffnet.

# Wirtschaft

## Ein Beispiel der Ehrlichkeit.

Den Unternehmern und der Öffentlichkeit zur Beachtung.

Der Rhenania-Konzern, der Ende 1925 aus der Fusion der Chemischen Fabriken Rhenania u. Co. und der Rhenania Vereinigte Chemische Fabriken A.-G. entstanden ist und mit damals über 3000 Arbeitern und Angestellten etwa anderthalb Dutzend eigene Werke und Gruben für die anorganische Chemie betrieb, muß sanieren. Er hat im vergangenen Jahre, nachdem für 1925 noch ein Gewinn ausgewiesen war, bei einem Kapital von 20,5 Millionen Mark einen Verlust von 6,65 Millionen zu verzeichnen. Dieser Verlust ist an sich nicht sehr groß. Er könnte nach der Uebung vieler Unternehmer vorgetragen werden und durch die Hoffnung auf Betriebsersparnisse und möglicherweise auch Preiserhöhungen zunächst vernachlässigt werden.

Dennoch entschließt sich die Verwaltung der Rhenania-Konzern Vereinigte Chemische Fabriken A.-G. Berlin zu einer außerordentlich scharfen Zusammenlegung des Kapitals. Nachdem sie schon im vergangenen Jahre ohne fremde Kredithilfe durch Verkauf des größten Teils ihrer Wertpapiere und Beteiligungen ihre Bankschulden von 6,5 Millionen auf 2,9 Millionen herabgedrückt und ihre Verpflichtungen erheblich gesenkt hat, nimmt sie jetzt nach Zusammenfassung ihrer Produktion eine Zusammenlegung des Aktienkapitals auf die Hälfte vor. 540 000 R. Vorzugsaktien werden beijeitigt, das Kapital von 20 Millionen auf 10 Millionen zusammengebrochen und der Reservefonds von 3,7 Millionen auf 1,1 Millionen herabgesetzt, um den rechnungsmäßigen Ueberschuß von 12,6 Millionen zu außerordentlichen Abschreibungen zu verwenden.

Das Bemerkenswerte dieses Vorgehens liegt in folgendem: In dieser ganz außergewöhnlich scharfen Sanierung ist äußerlich kaum ein Anlaß zu erkennen. Trotz des eingetretenen Verlustes war die finanzielle Entwicklung des Konzerns im vergangenen Jahre in jeder Hinsicht günstig. Aber der Konzern hat eingesehen, was leider nur allzu selten in der Privatwirtschaft geschieht, daß zur endgültigen Sicherstellung der dauernden Rentabilität in der Gegenwart Opfer gebracht werden müssen, und daß die sicherste Garantie für die zukünftige Rentabilität darin besteht, daß man in allererster Linie, besonders zur Steigerung der Konkurrenzfähigkeit, die Gewinnansprüche herabzieht. Es wird festgestellt, daß bei der Aufstellung der Goldbilanzen in der Bewertung der Fabrikanlagen den wirtschaftlichen Verhältnissen nicht genügend Rechnung getragen worden ist. Die Korrektur dieser Bewertung ist der Hauptzweck der Kapitalzusammenlegung. Und die Verwaltung berechnet richtig, daß dadurch die kommenden Jahre von Abschreibungen entlastet und die Buchwerte mit dem Ertragswert der Unternehmungen in Uebereinstimmung gebracht werden. Ausdrücklich wird hervorgehoben, daß die in den Produkten der Gesellschaft möglichen Umsätze eine ausreichende Verzinsung des Goldbilanzkapitals nicht erlauben.

Es ist selbstverständlich, daß mit diesem Vorgehen der Gesellschaft auf die Dauer auch den Aktionären mehr gebietet wird. Es wenn das hohe Aktienkapital bestehen bliebe. Viel wichtiger aber ist, daß unsäglichen Privatunternehmern hier ein Beispiel gegeben wird, wie bei ungenügender Rentabilität zu verfahren ist. Kein Zweifel, daß sowohl die sozialen Spannungen in Deutschland als auch die Flut der Preiserhöhungen in den übersteigerten und aus dem Abfall nicht zu beruhigenden Gewinnansprüchen ihre Ursache haben, daß die Erzielung einer ausreichenden Dividende um jeden Preis auch da zu erreichen versucht wird, wo die Gesellschaften überkapitalisiert sind. Unvermeidlich werden dadurch alle Konstellationen falsch, die Konkurrenzfähigkeit wird gelähmt und die soziale Spannung wird vergrößert.

Der zunächst abgeschlagene Versuch der Eisenpreiserhöhung und der jetzt gemachte Vorstoß zur Erhöhung der Kohlenpreise haben in den überspannten Dividenden- und Abschreibungsfähigen der Vereinigten Stahlwerke A.-G. ihren tiefsten Grund. Es wäre zu wünschen, daß das Vorgehen des Rhenania-Konzerns in der Öffentlichkeit nachdrücklich beachtet und auf die Privatwirtschaft ein entsprechender Druck ausgeübt wird. Ganz besonders gilt das für die Schwerindustrie, die der schärfste Preistreiber und Lohndrücker ist. Es kann kein Zweifel sein, daß die Sturmflut der Preiserhöhungen dadurch am ehesten gebrochen würde, wobei die Privatwirtschaft sich selbst den größten Dienst leisten würde.

Große Verluste in der Automobilindustrie. Die Hanja Lloyd Werke A.-G. in Bremen werden seit langer Zeit mit der Hilfe von Großbanken „saniert“. Im Januar dieses Jahres hat ihre Verwaltung erklärt, daß man das Jahr 1926 ohne Verlust abzuschließen hoffe. Jetzt wird mitgeteilt, daß bei einem Aktienkapital von 4,8 Mill. ein Verlust von nicht weniger als 2,54 Mill. zu verzeichnen ist, der sich nur durch einen Gewinnvortrag von 0,38 auf 2,16 Millionen ermäßigt. Die Betriebsrechnung brachte von vornherein einen Verlust von 0,77 Mill., dazu kommen Handlungsunkosten mit 1,28 und Abschreibungen mit 0,49 Mill., woraus sich der Gesamtverlust von 2,54 Mill. ergibt. Das Kapital soll von 4,8 auf 3,6 Mill. zusammengesetzt und dann auf 6,0 Mill. erhöht werden. Gegenwärtig wird voll gearbeitet.

Verantwortlich für Text: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelböfer; Gewerkschaftsbewegung: Friede, Colson; Kunst: R. S. Wöhrer; Politik und Zeitgeschehen: Fritz Kersch; Auswärtig: Th. Guder; Fortschritt in Berlin: Verlag: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortschritt-Verlag und Verlagsgesellschaft Teut. Singel u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Heute Morgen entschlief in Amsterdam infolge eines Herzschlages der Vorsitzende des Reichskalirats

## Herr Geheimer Justizrat Dr. ing. c. h. Maximilian Kempner

im 78. Lebensjahre.

Der Entschlafene gehörte dem Reichskalirat seit seiner Gründung als Mitglied an. Er wurde nach dem Tode des ersten Vorsitzenden des Reichskalirats am 23. September 1920 zum Vorsitzenden gewählt und hat seit dieser Zeit an der Spitze des Selbstverwaltungskörpers der Kallindustrie gestanden. Die langjährigen Erfahrungen, die er in dieser Industrie bereits als Vorsitzender des Aufsichtsrats des Deutschen Kall Syndikats hatte sammeln können, ermöglichten es ihm, mit größter Sachkenntnis die Geschäfte zum Wohle der Kallindustrie und der Allgemeinheit zu führen. Seine Objektivität, Umsicht und persönliche Liebenswürdigkeit in der Leitung der Geschäfte haben ihm das uneingeschränkte Vertrauen aller Mitglieder des Reichskalirats erworben. Wir stehen mit Trauer an der Bahre dieses ausgezeichneten Mannes. Sein Andenken wird bei uns stets in Ehren gehalten werden und unvergessen bleiben.

Berlin, den 11. Mai 1927.

In Namen des gesamten Reichskalirats:

Sachse  
Stellvertreter der Vorsitzenden.



## EINHEITSPREISE

Marke Fasan . . Mk. 12.50

Marke Silberfasan Mk. 16.50

Marke Goldfasan Mk. 19.50

Fasan-Schuhe gelten unter Kennern als die preiswürdigsten Erzeugnisse der gesamten Schuhindustrie.

Verkaufsstellen:

Berlin O, Warschauer Str 31, Ecke Revaler Straße  
Berlin Schöneberg, Hauptstraße 20

## Berliner - Elektriker - Genossenschaft

Berlin N 24, Elsäßer Str. 86-88 | Filiale Westen, Wilmersdorf  
Vorsprecher Norden 67, u. 68 26 | Landhausstraße 4. Tel.: Platzbur - 9831  
Anstellungsranne und Lager  
Alexanderstr. 39-40 (Alexander-Passage) Tel. Königstadt 540.  
Elektrische Anlagen jeder Art u. jeden Umfangs  
zu kulanten Zahlungsbedingungen  
Beleuchtungskörper und Osram-Lampen zu Fabrikpreisen.



## Spritzpumpen

zum Reklamieren  
Preis  
v. 1 M. an  
zum Selbstverleihen  
Kritzer & Löffler  
Famastr. 10 u. 11  
Alexanderstr. 14  
T.M. v. Batsch, unversichert

## Bevor Sie Tapeten kaufen!

müssen Sie die Ausstellung der Tapeten-Spezialfirma

## Tapeten-Stahlke

Lindower Straße 5

im Ringbahnbogen am Ausgang Bahnhof Wedding, Untergrundbahn-Station Wedding gesehen haben.

4 Schau'enster Lichtbeständig Tapeten

mit billigen Engrospreisen überzogen.

Durch wasserdichten Engrospreis 40% Ersparnis! - Der Weisse Weg lohnt!

## Dörffler

WÜRSTCHEN - BOCKWURST

Etwas ganz Besonderes!

## Auf Teilzahlung

Herrn-, Damen-Garderobe

Anzüge, Gummi-Mäntel, Kleider

## MÖBEL

bis 18 Monatsraten

Schlaf-, Speise-, Herranzimmer

Küchen, Einzelmöbel, Fedorbetten

Aniel Gr. Frankfurter Str. 34 (Strausberger Platz).

## Gerhard Köhnen

Das Haus

für Volkskleidung

und Berufskleidung

NEUKÖLN

Hermannstraße 76-77

Der gute Kapitän-Kaufabak

ist die meisten Tages-Modellen erhältlich

C. Rücker, Berlin

Lichtenberger Straße 22, Kgl. 3561